

Obwalden will Uni-Kantone stärker in die Pflicht nehmen

19. Januar 2018 OZ

Ausbildungskosten Die Obwaldner Regierung fordert, dass sich Standortkantone von Universitäten stärker als vorgesehen an den Gesamtkosten für Studierende beteiligen. Dies geht aus ihrer Stellungnahme zur Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge von universitären Hochschulen hervor.

Heute erhalten sechs periphere Kantone ohne Uni, darunter zum Beispiel Uri, bei ihren Beiträgen Rabatte für sogenann-

te Wanderungsverluste. Die Rede ist von Ausbildungskosten für Studierende, die nach dem Abschluss nicht mehr in den Herkunftskanton zurückkehren. Obwalden gehört nicht dazu. «Dieses Rabattsystem ist problematisch», so der Regierungsrat, weil die Rabatte unabhängig vom effektiven Wanderungsverlust gewährt werden.

Daher begrüsst er den vorgesehenen Systemwechsel in der Vereinbarung aus dem Jahr 1997.

Neu sollen alle Kantone die gleichen Tarife bezahlen. Bei deren Berechnung soll aber der Standortvorteil der Universitätskantone in Form von Abzügen berücksichtigt werden. Allerdings wehrt sich die Obwaldner Regierung dagegen, dass durch den Systemwechsel Mehrkosten von rund 3 Prozent entstehen sollen. Dieser sei aufzufangen, indem die Universitätskantone stärker belastet werden. Im Entwurf der Vereinbarung ist vorgesehen,

dass diesen bei der Verteilung der Gelder künftig 15 Prozent abgezogen werden, weil sie etwa bei Steuereinnahmen davon profitieren, eine Universität zu betreiben. Obwalden möchte diesen Prozentsatz so anheben, dass der Wechsel kostenneutral ausfällt.

Im laufenden Jahr rechnet der Kanton mit rund 246 Obwaldner Studierenden an Universitäten. Er hat dafür im Budget Beiträge von rund 4 Millionen Franken eingestellt. *(sda/red)*